

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Quartal 2,00 Mk. (incl. Post). Bei Bestellung 1,50 Mk. zuzüglich Porto. Einzelnummern 10 Pf. Alle Anzeigen und Inserate werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme: Wilsdruffer Tageblatt, Postfach 100, Wilsdruff. — Druck: Wilsdruffer Tageblatt, Postfach 100, Wilsdruff.



Angewandte Kunst- und Gewerbe-Abteilung: 30 Pf. — Nachmittags-Beilage: 30 Pf. — Sonntags-Beilage: 30 Pf. — Anzeigen-Annahme: Wilsdruffer Tageblatt, Postfach 100, Wilsdruff. — Druck: Wilsdruffer Tageblatt, Postfach 100, Wilsdruff.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 63 — 94. Jahrgang Teleg.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 340 Freitag, den 15. März 1935

## Neue Pariser Quertreibereien zu den Berliner Besprechungen

### Der Berliner Besuch der englischen Minister.

Er soll Klarheit in die verworrene Aussprache über die Abrüstung bringen. Wenn der englische Außenminister Sir John Simon mit dem englischen Vordesigeltbewahrer Eden am 2. März nach Berlin kommen wird, wird sich die verworrene Lage der außenpolitischen Erörterungen über die Abrüstungsfrage vielleicht schon etwas geklärt haben. Die Verwirrung war hauptsächlich durch das englische Weisbuch hervorgerufen worden, in dem ungeschickliche Angriffe gegen Deutschland erhoben worden waren. Selbstverständlich brastet die englische Presse über den Berliner Besuch der englischen Minister, und sie wird wohl von der Regierungseite dahin beeinflusst, die Meinung zum Ausdruck zu bringen, daß der Luftpakt, der Ostpakt, der vorgeschlagene mittelenuropäische Pakt und das Rüstungsabkommen bei den kommenden Verhandlungen als Ganzes erörtert werden müßten.

Allerdings scheint die englische Regierung zu der Ansicht bekehrt zu sein, daß, wie es auch der deutsche Standpunkt ist, Nichtangriffsverträge zwischen zwei besonderen Nationen als nicht genügt für die Herbeiführung des europäischen Friedens anzusehen seien. Wesentlich ist ferner, daß der Engländer Eden erst nach den Berliner Besprechungen nach Moskau fahren wird.

Wie die Londoner Mäler mitteilen, herrschte in den letzten Tagen in London diplomatischer Hochbetrieb.

Vor allem der russische Votschafter Malin war sehr tätig, um die sofortige Weiterreise Edens von Berlin nach Moskau zu veranlassen. Ebenso sprach der polnische Vertreter im Foreign Office, dem englischen Auswärtigen Amt, vor, und schließlich unternahm die Gesandten der drei baltischen Staaten, Estland, Lettland und Litauen, einen gemeinsamen Schritt, um ihrer Befriedigung über das Londoner Programm und ihren Wunsch nach Sicherung ihrer Unabhängigkeit durch den Ostpakt Ausdruck zu geben.

Die innenpolitische Lage der englischen Regierung ist indessen dadurch gestärkt worden, daß der Nichttrauensantrag gegen die Regierung im englischen Oberhaus abgelehnt worden ist. In der Oberhausausprache war aber trotzdem das englische Weisbuch von verschiedenen Rednern scharf kritisiert worden, wobei das Weisbuch als ein Mißgriff bezeichnet wurde. Man betonte in der Aussprache, daß die englische Politik vom deutschen Standpunkt gesehen schwer erträglich sei. Die Angriffe gegen die Regierung führten dann dazu, daß Kriegsminister Lord Halifax noch einmal die englische Politik verteidigte. Er schloß seine Rede mit der üblichen Wendung, daß England für die Sache des Friedens arbeite.

### Weg mit „veraltetem Plunder!“

Abgesehen ist die Tatsache interessant, daß die Londoner Zeitung „Daily Mail“ zu der Berliner Reise der englischen Minister schreibt: „Nachdem der Versailles-Vertrag im Wandel der Zeit zu einem beträchtlichen Teil veraltet ist, darf man fragen, ob irgendein Grund dagegen spricht, gewisse seiner Artikel, die in Deutschland besonderes Mißfallen erregen, formal aufzuheben. Die britische Regierung kann sehr wohl erwägen, ob sie nicht die Initiative ergreife und die Beseitigung dieses veralteten „Plunders“, einschließlich der Kriegsschuld Klausel, aus dem Vertrage vorschlagen soll.“

### Neue Pariser Quertreibereien zu den Berliner Besprechungen.

Durchsichtiges Manöver der Havas-Agentur.

Die französische halbamtliche Nachrichtenagentur Havas veröffentlicht eine Auslassung aus London, in der zu der diplomatischen Lage und zu den kommenden Berliner Besprechungen Stellung genommen wird.

Es heißt in dieser Meldung, man habe guten Grund zu der Annahme, daß Sir John Simon und Eden beauftragt würden, dem Reichskanzler persönlich zur Kenntnis zu bringen, daß das Londoner Kabinett das Sicherheitsproblem im Westen wie im Osten Deutschlands als von einander untrennbar betrachte. Jede Anregung, die Sicherheit in Osteuropa unabhängig von Frankreich zu organisieren, würde daher in London als nicht den Erfordernissen der Lage entsprechend angesehen.

Die Sicherheit sei im übrigen nur durch gegenseitigen Beistand zu erreichen.

Wenn diese Ansicht in Berlin gebilligt würde, würden die englischen Besucher alle Freiheit haben, um mit den deutschen Unterhändlern über eine Auerkennung der deutschen Aufrüstung zu verhandeln, die der Genugtuung entsprechen würde, die sie auf dem Gebiete der Sicherheit erreichen werden. Diese Anerkennung dürfe jedoch nicht so weit gehen, Deutschland die gleichen Streitkräfte wie Sowjetrußland zuzugestehen.

Im übrigen bedauere man in gutunterrichteten Londoner Kreisen, daß Deutschland vor dem Besuch der englischen Minister in Berlin zur Militarisierung der Zivilflieger schreite, die eine sehr deutliche Verletzung des Teiles V des Versailler Vertrages darstelle. In London glaube man, daß eine Verhandlung zur Schaffung eines neuen vertraglichen Sicherheitsystems nicht einer Maßnahme hätte vorausgehen sollen, die einer einseitigen Kündigung des früheren diplomatischen Vertragswesens gleichkäme. Man wisse noch nicht, ob deswegen ein diplomatischer Protest erfolgen werde oder ob Sir John Simon die Angelegenheit selbst in Berlin behandeln werde. Jedenfalls sei er sicher, daß sie nicht mit Stillschweigen übergegangen werde.

Zu dieser Meldung aus Paris teilt das Deutsche Nachrichtenbüro mit: Die Meldung der Havas-Agentur ist ein deutliches Zeichen für die französischen Versuche, bereits jetzt die im englisch-französischen Abkommen vom 3. Februar vorgeschlagenen freien Verhandlungen zu präjudizieren oder ihnen zum mindesten eine bestimmte Richtung aufzuzwingen.

Daß Deutschland ebenso den Frieden für den Osten wie für den Westen wünscht und diesen für notwendig hält, bedarf nicht erst einer Sondierung der englischen Staatsmänner in Berlin. Inwieweit hierzu aber gerade die Versailles-Pakte notwendig sind, wie man sie sich in Frankreich und auch anderswo denkt, das werden eben jene kommenden Berliner Unterhaltungen zu erweilen haben.

Wenn Havas die Notwendigkeit einer gewissen Relation zwischen den Streitkräften Rußlands und denen Deutschlands anerkennt, so bedeutet dies gewiss einen Fortschritt. Es wäre im Sinne einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung nur zu wünschen, daß auch Rußland gewisse Anregungen gegeben würden, die dortigen bisher unerlösten Rüstungsvorderungen und -bestrebungen zu mäßigen, um notwendige Reaktionen anderer, in Reichweite dieser Rüstungen liegender Länder zu vermeiden.

Daß gerade der von Havas bemängelte deutsche Entschluß hinsichtlich des militärischen Flugwesens durch solche — aber auch durch andere — Zusammenhänge zu einer unabweidbaren Notwendigkeit werden mußte, ist im Grunde von der Weltöffentlichkeit, soweit nicht anders gerichtete tatsächliche Gründe maßgebend bleiben, längst anerkannt worden.

### Eden reist nach Moskau

Der Zeitpunkt für den Besuch des Vordesigeltbewahrers Eden in Moskau ist nunmehr festgesetzt worden. Eden, der bekanntlich den Außenminister Simon auf seiner Reise nach Berlin begleitet, wird nicht, wie in englischen Kreisen noch gestern berichtet wurde, gemeinsam mit Simon nach London zurückkehren, sondern am 26. März von Berlin aus nach Moskau weiterreisen, wo er am 28. eintrifft und bis zum 31. März bleiben wird. In Moskau wird er Besprechungen mit Stalin haben und auf der Rückreise Warschau ebenfalls einen Besuch abtun.

## Lebenslänglicher Kerker für Dr. Rintelen

Das Urteil gegen den früheren österreichischen Gesandten in Rom.



Wagenborgs Bilderdienst.

Der Wiener Hochverratsprozeß gegen Dr. Anton Rintelen, den früheren Gesandten Österreichs in Rom, der beschuldigt wurde, an den Ereignissen des 25. Juli beteiligt gewesen zu sein, ist zu Ende gegangen. Das Urteil gegen Dr. Rintelen, das am Donnerstag nachmittags gefällt wurde, lautete auf lebenslänglichen Kerker. Nachdem der Gerichtshof den Saal zur Urteilsverkündung betreten hatte, erklärte der Verhandlungsleiter, daß jede Äußerung des Mißfallens oder Beifalls streng verboten sei. Dann wurde das Urteil verkündet: Dr. Rintelen sei schuldig, im Jahre 1934 in Wien und Rom den ihm bekannten Anschlag auf das Bundeskanzleramt gebilligt zu haben. Er habe damit das Verbrechen der Mißachtung am Hochverrat begangen. Dieses Verbrechen sei besonders gefährlich. Dr. Rintelen werde daher zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Die Untersuchungskommission werde für den Fall einer Begnadigung angerechnet. — Dr. Rintelen nahm das Urteil lächelnd auf.

### Dr. Rintelens Schlusswort: „Ich bin unschuldig.“

Bevor sich das Gericht zur Urteilsfindung zurückgezogen hatte, hatte Dr. Rintelen gebeten, ein Schlusswort halten zu dürfen. Darin führte er aus: „Ich bin unschuldig. Ich habe immer offen für meine Ideale gekämpft. Ich wollte nie etwas anderes als ein gutes Einvernehmen Österreichs mit Deutschland. Ich habe mich dabei in einer Linie mit dem größten österreichischen Staatsmann Dr. Seipel befunden. In dieser Überzeugung sehe ich mit Ruhe Ihrem Urteilspruch entgegen.“

### Staatsanwalt vermied Festsetzung des Strafmaßes.

Der Staatsanwalt Dr. Zuppé hatte in seiner Anklagerede den Standpunkt vertreten, daß das zu Beginn des Prozesses geklärt sei, obwohl es stellenweise „subtil“ sei, sich als fest und haltbar erwiesen habe und in seiner Weise von der Verteidigung durchstoßen worden sei. Zu den damaligen Beweisen seien noch die wichtigen Bekundungen der Zeugen Dr. Ripoldi und Dr. Reisinger gekommen, aus denen hervorgehe, daß Rintelen in enger Verbindung mit Dr. Weidenhammer alias Williams und dadurch also auch mit den Verchwörern gestanden habe.

Der Staatsanwalt ging dann zum Strafantrag über, der dadurch allgemeine Überraschung erregte, als der Staatsanwalt bei der Gerichtshof möge von der ihm durch das Militärgerichtshofgesetz gegebenen Möglichkeit, über den Strafantrag hinauszugehen und den Angeklagten als Rädelsführer zu verurteilen (Straffag: Lebenslänglicher Kerker oder Tod), keinen Gebrauch machen. Es sei wohl als erwiesen anzunehmen, daß Dr. Rintelen mit dem Nationalsozialisten Weidenhammer gesprochen habe, über den Inhalt dieser Gespräche aber, und damit über die Schuld des Angeklagten, sei nichts bekannt geworden. Ursprünglich habe der Staatsanwalt daran gedacht, seine Anklage von Rintelens Mißschuld auf bloßes Mitwissen einzuschränken. Durch die Wendung aber, die der Prozeß mit der Vernehmung des Zeugen Ripoldi genommen habe, habe er diesen Gedanken fallen gelassen und

halte seine ursprüngliche Anklage auf Mißschuld aufrecht.

Die Festsetzung des Strafmaßes überließ der Staatsanwalt dem Gerichtshof.

Im übrigen hielt der Staatsanwalt seinen Standpunkt aufrecht, daß der Indizienbeweis gegen Dr. Rintelen geübt sei. Sein Verhalten an dem kritischen Tage sei außerordentlich verräterisch gewesen.

### Freispruch vom Verteidiger beantragt.

Der Verteidiger Dr. Rintelen, Dr. Alee, hatte vorher erklärt, Dr. Rintelen sei nie Nationalsozialist gewesen; er habe nur aus eibischen und wirtschaftlichen Gründen das Verhältnis zu dem Bruderwolf bessern wollen. Der Verteidiger ging darauf auf die einzelnen Beweise ein. Er erklärte, daß die eindringliche Vernehmung des ge-